

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 12/45. Jg.

25. März 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,  
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

**Redaktion:**

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-  
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - **Zuschriften an die Expedition erbeten.** **Postverlagort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

## VORSPIEL?

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist das direkte Gegenteil von rosig. Zeigen auch die Statistiken der letzten Zeit kein besonderes Anwachsen der Zahlen der Arbeitslosen, ist mit mehr denn 7 Millionen Arbeitslosen des Bedürfnis der größten Reaktionäre nach einer ausreichenden Reservearmee von Arbeitskräften mehr denn gedeckt. Ein Teil jener, die sich Wissenschaftler nennen und als Spezialgebiet Wirtschaftsfragen vom Gesichtspunkt kapitalistischer Wirtschaft aus behandeln, fühlen sich durch die Riesenarbeitslosigkeit bedrückt und beginnen an der Gottähnlichkeit und des ewigen Bestandes des Kapitalismus zu zweifeln. Sie beschwören die sogenannten Wirtschaftsführer, den Karren nicht noch tiefer in den Dreck rutschen zu lassen, ansonsten es klar würde, daß der Kapitalismus seine Mission erfüllt hätte und nun zu verschwinden habe. Andere, wie Prof. Sombart, halten das Kommen einer Planwirtschaft für unabwendbar. Selbst die jetzige, von sozialistischen Gedanken völlig freie Reichsregierung, erkennt durch den vom Reichsarbeitsministerium stammenden Arbeitsbeschaffungsplan die Unfähigkeit des Kapitals an, einen Weg aus der Wirtschaftskrise zu finden, die dick unterstrichen wird durch die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates zur Beschaffung von Arbeit. Wenn einem Arbeiter seine Unfähigkeit so attestiert würde, würde er sich schämen und wäre sofort erledigt.

Anders sind unsere patentierten Wirtschaftsführer. Anstatt sich ob ihrer Pleite an die Brust zu schlagen und sich in den finstersten Winkel zu verkriechen, reißen sie das Maul kilometerweit auf und schreien wie besessene, die Arbeiter sind schuld. Die Löhne sind ihnen immer noch zu hoch und die sozialen Aufwendungen ein Greuel. Ihre Wirtschaftspolitik der Auszehrung ist ihnen der Stein der Weisen! Sie sind sich völlig einig in der Bedrückung der Arbeiterschaft und setzen alles daran, ihren Wirtschaftssumpf noch mehr zu vertiefen.

Die Unternehmer des graphischen Gewerbes machen dabei keine Ausnahme. Das zeigen so recht die Tarifverhandlungen im Buchdruck, die dieser Tage geführt wurden. Die Syndizipolitik als sichtbarer Ausdruck totaler Verblendung, die auch bei uns ihr gewerbeschädigendes Unwesen treibt, war auch hier obenauf. Denn jeder Druckereibesitzer, der auch nur einen Funken Ahnung von gewerblicher Struktur und gewerblichem Wesen hat, weiß, daß sich die Gehilfenschaft des Buchdruckgewerbes erst nach einem das Gewerbe total vernichtenden Kampf auf das Niveau herabdrücken ließe, das Phantasten sich zurechtgesponnen haben. Man vergegenwärtige sich nur folgendes: Neben den unzähligen Nadelstichen verlangen die Buchdruckereibesitzer von der Gehilfenschaft: Weiteren Abbau des Lohnes und der Spartenzuschläge, Abbau der Zuschläge für Sonn-

tags- und Nacharbeit, Abbau der Überstundenzuschläge, Beschränkung der Feiertagsbezahlung auf 5 Feiertage und Reduzierung der Ferien auf die Hälfte der bisher gewährten Freizeit bei völliger Beseitigung der Berufsferien — um nur die wichtigsten Forderungen zu nennen.

### Osterforderung

Nun klingen die Osterglocken durchs Land,  
Sie länden, daß auf der Erde  
Die Sonne wieder an Einfluß gewinnt  
Und die Duntelheit kürzer werde.

Wir wünschen, daß dieser Lichtgewinn  
Such den Wirtschaftsführern erbläue  
Und daß aus ihrer Gehirnjubilation  
Die Unvernunft endlich entfliehe!

Die Unvernunft, daß die Wirtschaft sich  
Zur dann zur Besserung lenke,  
Wenn man verlängert die Arbeitszeit,  
Die Löhne dagegen senke!

Für diese sinnlose Freveltat,  
Durch Profit- und Selbstsucht verbrochen,  
Hat längst die rauhe Wirklichkeit  
Ihr vernichtendes Urteil gesprochen!

Denn diese Doktor-Eisenbari-Kur  
Hat die Wirtschaft noch mehr verflümmert,  
Die schlechte Lage am Arbeitsmarkt  
Noch mehr gedrückt und verschlimmert!

Drum wünschen wir, daß der Unvernunft  
Der Wirtschaftsführermeute  
Der Sonne leuchtender Frühlingstrahl  
Recht bald ein Ende bereite!

Wir wünschen, daß heller Sonnenschein  
Die Stirnen endlich durchscheuchte,  
Daß er durch die Stien in die Hirne bringe  
Und diese endlich erleuchte!

Und bleibe die Erleuchtung dennoch aus,  
Dann fordeern wir unsere Rechte!  
Wir wollen nicht länger Skoloten sein  
Und der Wirtschaftsunvernunft knechte!

Und will man uns unser Menschenrecht  
Auf Arbeit und Brot nicht geben,  
Wohlan, dann erkämpfen wir uns das Recht  
Auf Freiheit und Brot und Leben! **Kauf.**

Es ergab sich ganz von selbst: für die Kollegen von der schwarzen Kunst bestand weder die Möglichkeit noch ein Anlaß, auf eine solche Brücke der „Verständigung“ zu treten. Der „Korrespondent“, das Verbandsorgan für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer, nennt die Unternehmeranträge „tarifpolitische Verirrungen“. Er stellt fest, daß sie „tiefgehende Erbitterung und Empörung ausgelöst“ haben bei der Gehilfenschaft

und betont, daß die Zumutungen „jedem ruhig und sachlich überlegenden Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker berechtigte Zweifel darüber aufkommen lassen müssen, ob solche Anträge überhaupt noch verdienen, ernst genommen zu werden oder ob sie nicht nur als fieberhafte Phantasien und rein juristische Kuckuckseier tariflicher Sabotage dem Deutschen Buchdrucker-Verband untergeschoben worden sind.“

Nach dieser Stellungnahme der Gehilfenschaft zu den Unternehmeranträgen war mit der schärfsten Abwehr der Gehilfenvertreter zu rechnen. Sie erklärten dann auch, daß nicht eher in eine sachliche Beratung der gestellten Anträge eingetreten werden könne, bevor nicht alle Anträge zu § 6 Absatz 4a bis 4d (Lohnklassen, Sparten- und Ortszuschläge) zurückgezogen seien. Das war den Unternehmern anscheinend eine ungeheure Dreistigkeit und sie erklärten: „Diese ungewöhnliche und jeder tariflichen Übung widersprechende Forderung wird von der Prinzipalität zurückgewiesen und ordnungsmäßige Verhandlungen über sämtliche Anträge gefordert“. Da davon keine Rede sein konnte, schlugen die Gehilfenvertreter als Letztes Vertagung der Verhandlungen vor. Die Unternehmer lehnten auch diesen Vorschlag ab. Damit waren die Verhandlungen aufgelassen.

Dieser Ausgang der Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe scheint den Unternehmern gar nicht in den Streifen zu passen. Die „Zeitschrift“, das Organ der Unternehmer, legt los:

„Auf diesen Verhandlungsabbruch ist, wie noch zu zeigen sein wird, von vornherein von den Gewerkschaftsvertretern systematisch hingearbeitet worden. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die gewerkschaftlichen Vertreter, deren Verhandlungstaktik sich nach politischen Gesichtspunkten richtete, mit ihrem Vorgehen einer Weisung, jedenfalls der Einstellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, folgten. Hierfür spricht die Tatsache, daß für den 23. März die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses nach Berlin vorgesehen ist, der nach den Erklärungen von Leipart 'Krisenkongreß' werden soll, auf dem die Freien Gewerkschaften 'öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus'. Der Kongreß soll sich jedoch nicht auf diese Anklage beschränken. 'Die Gewerkschaften', sagte Leipart, 'müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer kühlen Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Änderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuscheuchen'. Diesem Kommando der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation folgend, hatten die Buchdrucker-Gewerkschaften auch ihre 'wohlüberlegte' Haltung aufgegeben und steuerten vom Beginn der Bera-

tungen an auf einen Verhandlungsabbruch hin. Während sie sonst den Arbeitgebern den Vorwurf zu machen versuchten, daß diese angeblich in lohnpolitischer Hinsicht einer höheren Weisung folgten, anstatt in allen gewerblichen Fragen nur die Voraussetzungen und Möglichkeiten unseres Gewerbes selbst in Betracht zu ziehen, ließen sie sich in ihrer tarifpolitischen Haltung und Taktik ganz offensichtlich nur von Überlegungen leiten, die zweifellos lediglich im Bereich hoher Gewerkschaftspolitik zu suchen sind. Als Vorwand und Angriffsziel, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, dienten ihnen einige Anträge der Prinzipale, deren Zurücknahme sie in ultimativer Form vor Eintritt in die sachlichen Beratungen über die DBV-Vorlage verlangten, nachdem sie diese als „Zuchthaustarif“, der nicht Gesetz werden dürfe, als „provokatorisch“, als „Barrikade, die den Verhandlungsweg versperre“, usw. bezeichnet hatten.“

Wie die „Zeitschrift“ mitteilt, wollen die Unternehmer nun das Zentralschlichtungsamt für ihr gewerbezerschlagendes Tun mobil machen.

Nach der bisherigen Praxis unserer Unternehmer zu urteilen, liefern die Anträge und Verhandlungen im Buchdruckgewerbe einen Vorgeschmack dafür, was sich alles bei unsern Tarifverhandlungen, die sowohl im Chemigraphiegewerbe wie im Steindruck anstehen, tun wird. Auch unsere Unternehmer werden nicht kleinlich im Fordern sein. Denn daß auch bei uns die Betriebe auf Kosten der Gehilfenschaft aufrecht erhalten werden sollen, ist doch eine alte Jacke und ausgemachter Unternehmerwillen. Daß auf dieser Basis eine Verständigung mit der Gehilfenschaft in jedem Falle ausgeschlossen ist, bedarf keiner Unterstreichung!

## Eigentum und Sozialismus

Die Gegnerschaft gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln entspringt, wie wir wissen, zu allernächst der Erkenntnis, daß dieses Eigentum dem, der es hat, die Möglichkeit und Berechtigung verleiht, sich fremde Arbeitsprodukte anzueignen. Der einstweilen bloß theoretische Streit um den Besitz der Produktionsmittel spielt sich also zunächst zwischen den beiden Teilen des Arbeitsvertragsverhältnisses ab. Der Arbeitnehmer fühlt sich vom Arbeitgeber benachteiligt, weil ihn dieser mit dem Lohn abseits, der dem Marktpreise seiner Arbeitskraft entspricht und dafür höherwertige Arbeitsprodukte in Besitz nimmt. Solche Gegnerschaft gegen den Kapitalismus ist aber noch nicht Sozialismus, denn sie könnte ebensogut wie zur Forderung der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln auch zu dem Wunsche führen, daß die alten individuellen Produktionsverhältnisse wieder eingeführt oder den Arbeitern ein Eigentumsanteil an den von ihnen benutzten Produktionsmitteln, sowie den von ihnen hergestellten Arbeitsprodukten eingeräumt würden. Aus solchen Auffassungen entspringt dann der Kampf gegen die Maschine oder die Forderung, Marktproduktivgenossenschaften zu gründen oder die Verteilung des Reinertrages abzüglich eines gewissen Unternehmergewinnes an die Arbeiter.

Der Sozialismus betrachtet aber, wie wir wissen, die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln nicht einmal nach den Gesichtspunkten zweier sich um den Arbeitsertrag streitenden Privatpersonen, des Unternehmers und des Arbeiters, sondern er gelangt zu einer Verurteilung des Kapitalismus wesentlich aus dem Gesichtspunkte, daß er in diesem eine sich überlebende, dem Zweck der Gesamtversorgung der Menschheit mit Gütern nicht entsprechende Wirtschaftsform erkennt. Der verantwortungslosen, nur auf eigenes Privatinteresse bedachten Willkür der Kapitalisten kann der wirtschaftliche Lebensprozeß der Menschheit nicht auf die Dauer überantwortet bleiben, weil sich der Lebenswille der Menschheit selbst, vor allem des in erster Linie betroffenen Proletariats, gegen solche Bedingungen aufbäumt. Wenn wir nun zum Privateigentum an Grund und Boden kritisch im Sinne des Sozialismus Stellung nehmen, so ist zunächst die Vorfrage zu erledigen, ob und unter welchen Voraussetzungen das Privateigentum an Grund und Boden zur Bildung von Ausbeutungsverhältnissen und Arbeitslosen-Einkommen führt. Grund und Boden, sofern er zu wirtschaftlichen Zwecken benutzbar ist, ist sicherlich ein Produktionsmittel. Des Eigentum an Produktionsmitteln gewährt aber noch nicht ohne weiteres ein arbeitsloses Einkommen. Die Sense, die der fah-

rende Schnitter auf der Schulter trägt, der Schleiferkarren, mit dem der Scherenschleifer von Haus zu Haus zieht, sind zweifellos auch Produktionsmittel, und doch wird niemand behaupten, daß die unbestrittenen Eigentümer dieser Produktionsmittel, der Schnitter, aus seiner Sense, der Schleifer, aus seinem Karren, arbeitsloses Einkommen beziehen. Genau so wie sie, bezieht der landwirtschaftliche Kleinbesitzer, der mit den Seinen sein Feld bestellt und keine Arbeiter hält, arbeitsloses Einkommen. Obgleich Eigentümer von Produktionsmitteln, beutet er niemanden aus, außer sich selbst und seine Familie. Ein Ausbeutungsverhältnis besteht nur dort, wo der Eigentümer des Produktionsmittels Grund und Boden mit dem Benutzer jedes Produktionsmittels nicht mehr ein und dieselbe Person ist, und das ist regelmäßig dort der Fall, wo die Arbeitskraft des Eigentümers infolge der Größe des Besitzes oder Werkes, zu dessen produktiver Ausnützung nicht mehr ausreicht. Daraus folgt, daß wir als Gegner der Ausbeutung jener des Privateigentums an Grund und Boden nur insoweit sein müssen, als dieses tatsächlich zur Ausbeutung fremder Arbeitskräfte benutzt wird. Die kapitalistische Ausbeutung einer Maschinenfabrik mit 500 beschäftigten Arbeitern läßt sich nun nicht dadurch beseitigen, daß diese Fabrik in 500 Teile zerlegt wird, deren jeder den einzelnen Arbeitern zur Benutzung überlassen wird. Denn man kann eine Fabrik nicht in 500 voneinander getrennte nutzbare Teile zerlegen. Anders steht es mit einem landwirtschaftlichen Großbetrieb, der 500 Familien beschäftigt. Da kann die landwirtschaftlich nutzbare Fläche nach Grundsätzen der Geometrie in 500 Teile geteilt werden, wie man ein Buch oder ein Stück Papier zerteilt, und jeder Teil kann einer der 500 Familien zur Bewirtschaftung überwiesen werden. Die Ausbeutung ist damit — solange nicht neue kapitalistische Abhängigkeitsverhältnisse durch Verkauf, Verpachtung, Belastung entstehen, — tatsächlich beseitigt und das Recht auf den vollen Arbeitsertrag hergestellt.

Von diesem Standpunkt aus würde man also zu dem Ergebnis gelangen, daß das Privateigentum an Grund und Boden nicht grundsätzlich zu verwerfen ist. Und es würde sich bloß darum handeln, daß das Privateigentum an landwirtschaftlich benutztem Grund nicht beseitigt, sondern auf den Selbstwirtschafter beschränkt wird. Also kein Gemeinbesitz der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittel, sondern allgemeine Verteilung derselben an die eigentlichen Produzenten. Das hieße dann: Enteignung des Großgrundbesitzes und Industriebesitzes, Reduzierung der Bauerngüter auf das Maß eines vom Eigentümer selbst zu bewirtschaftenden Grundstücks, allgemeine Verteilung des Grund und Bodens an selbstwirtschaftende Kleinrentner. Zu einem wesentlich anderen Ergebnis werden wir jedoch gelangen, wenn wir die Frage der landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse nach den Gesichtspunkten einer sozialistischen Produktionspolitik zu entscheiden versuchen. Da handelt es sich nun nicht mehr bloß um die Beseitigung eines Ausbeutungsverhältnisses zwischen Eigentümer und Arbeiter, sondern um die mögliche zweckmäßige Ausnutzung des Grund und Bodens im Interesse der Gesamtheit respektiv der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Und erst von diesem wirklich sozialistischen Standpunkte aus müssen wir dazu kommen, das unbeschränkte Privateigentum grundsätzlich zu verwerfen. Es vertritt sich nicht mit dem Lebensinteresse der großen Massen, daß die Erzeugung von Brot, Fleisch, Milch etc. einfach ohne Vorbehalt den einzelnen Grundeigentümern überantwortet wird. Mehr noch als die Produktion anderer zum Leben minder notwendigen Güter ist die Erzeugung der wichtigsten Nahrungsmittel eine Angelegenheit, die das ganze Volk, ja die ganze Menschheit aufs aller nächste angeht. Das weiß niemand besser, als die Agrarier und Industriebesitzer, die ja alles eher als liberale Menschen sind. Unter Berufung auf die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Produktion haben sie für diese einen starken Zollschatz und vielfache andere staatliche Begünstigungen gefordert und durchgedrückt. Unter Berufung auf die Wichtigkeit der Produktion verweigern sie vieles, was dem Arbeiter zusteht. Grundsätzlich wird damit zugestanden, daß der Staat die Aufgabe hat, durch Eingriffe seiner Gesetzgebung und Verwaltung die Produktion zu fördern, nur daß dabei das Interesse der Produktion mit dem Interesse der Eigentümer an Grund und Boden und besonders des Großgrundbesitzers geflissentlich verwechselt wird. Das Volk muß dagegen fordern, daß der vorhandene unvermehrte Boden des Landes derart bewirtschaftet wird, daß er auf der einen Seite den wirklich arbeitenden Produzenten eine möglichst gute Lebenshaltung, auf der anderen Seite den Arbeitenden mit ihren Arbeitserträgen zahlenden Verbrauchern eine möglichst wohlfeilen Einkauf ermöglicht. Weder soll der ländliche Arbeiter auf Kosten des städtischen leben, noch soll es umgekehrt sein. Daß die wertschaffenden Arbeiter und Kleinbauern des platten Landes dasselbe Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein haben, wie wenigstens das Industrieproletariat, ist für einen Sozialisten ein-

fach selbstverständlich. Aber mit dem Rechte der landwirtschaftlich arbeitenden Bevölkerung darf das Recht der landwirtschaftlichen Besitzer nicht ohne weiteres verwechselt werden; dieses letztere muß weichen nicht nur dort, wo es die Grundlage eines Ausbeutungsverhältnisses bildet, sondern auch dort, wo es dem Zweck einer möglichst ertragreichen arbeitsparenden Produktionsmethode im Wege steht. Die Sozialisten unterscheiden sich vor ihnen dadurch, daß sie die Beseitigung des Privateigentums an allen Produktionsmitteln und damit der ganzen kapitalistischen Ordnung fordern, aus denselben allgemeinen Gründen, die wir soeben in bezug auf die landwirtschaftliche Produktion erörtert haben.

## Steht die Weltkonjunktur vor einer Wende?

In Deutschland, England, Schweden, Dänemark, den Vereinigten Staaten sind die Leihsätze der Notenbanken herabgesetzt worden. Der Geldmarkt weist also in diesen Staaten mit Ausnahme von Deutschland eine bemerkenswerte Flüssigkeit auf. Das englische Pfund steigt seit einigen Wochen ununterbrochen. Gegenüber dem bisher tiefsten Stand von 66 v. H. der Parität ist das Pfund bis auf 76 v. H. gestiegen. Wie schnell sich die innere Lage des Pfundes gebessert hat, geht daraus hervor, daß das Schatzamt und die Bank von England in verhältnismäßig kurzer Zeit nicht weniger als 93 Millionen Pfund Sterling ihrer Auslandsschulden tilgen konnte. Für die Abdeckung des restlichen Betrages sind ausreichende Devisenreserven vorhanden. Eine Erholung der englischen Finanzen ist erkennbar. Die außerordentlichen Schwankungen des Pfundes sind aber für die englische Wirtschaft nicht gesund. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit am 15. Februar zum Stillstand gekommen, immerhin erst auf dem Stand von 6,2 Millionen Arbeitslosen. Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes wird jetzt in allen europäischen Staaten einsetzen. Die Eingliederung von Hunderttausenden von Arbeitskräften in den Produktionsprozeß ist naturgemäß für die Wirtschaft von nicht geringem Einfluß. Eine Million neuer Verbraucher vermag der Wirtschaft einen fühlbaren Anstoß zu geben. Wird die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes noch künstlich durch zusätzliche Arbeitsbeschaffung verstärkt, so kann daraus eine gesegnete Entwicklung ihren Anfang nehmen. Ein weiteres Merkmal einer gewissen Besserung kann man in dem Tendenzwechsel bei einigen überseeischen Staaten erblicken.

In den übrigen Staaten sieht es weniger günstig aus. Dabei ist vor allem der Kampf der Nationen um den Weltmarkt ein bedeutungsvolles Symptom. Dieser harte Kampf um den Absatz kann weitgehend als der eigentliche Nährboden für die deflationistische Politik der Volkswirtschaften betrachtet werden. In diesem Zusammenhang schreibt das deutsche Institut für Konjunkturforschung im letzten Vierteljahrsheft u. a. folgendes: „Obgleich es mehr und mehr zur allgemeinen Überzeugung geworden ist, daß das dauernde Wechselspiel von Preis- und Lohnsenkung unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Bereinerung mehr bringen kann, sondern nur Kaufkraftschwund sowie Goldwert- und Schuldenerhöhung, so veranlaßt doch der Wettbewerb um den Weltmarktabsatz stets von neuem deflationistische Maßnahmen.“ Der Kriegsschauplatz auf dem Gebiete der internationalen Handelsbeziehungen verschärft sich in der Tat immer mehr und mehr. Jede Zollerhöhung des einen Landes ruft eine noch stärker des anderen hervor.

Indem die Schachzüge in dem Bestreben autarke Wirtschaftsterritorien aufzurichten, der Weltwirtschaft eine Wunde nach der anderen schlagen, häufen sich die Vorräte an den Weltstoffmärkten. Ende des Jahres 1930 waren die Magazine der Welt sicher schon mit gewaltigen Warenmengen gefüllt. Nichtsdestoweniger konnten die Vorräte an den Weltmärkten bis Ende 1931 noch ganz gewaltig anwachsen. Dafür einige Beispiele. Der verfügbare Vorrat an Weizen wuchs von 15,8 auf 16,6, Kaffee von 1,6 auf 1,9, Steinkohle von 17,4 auf 20,7 Millionen Tonnen, Kupfer von 333 000 auf 500 000, Kautschuk von 447 000 auf 580 000 Tonnen. Diese Vorratsvermehrung ist eine Folge der Störung des internationalen Handelsverkehrs durch Zölle, Einfuhrverbote usw. Es sieht also noch sehr schlimm auf einzelnen Gebieten der Weltwirtschaft aus. Immerhin: daß der Schrumpfungprozeß in Produktion, Umsätzen, Kaufkraft und Preisen in einigen Ländern sich nicht mehr fortsetzt, sondern ein Umschwung zur Besserung erkennbar ist, sollte uns mit der Hoffnung erfüllen, daß nun endlich die Menschheit daran geht, sich aus den Klauen der Deflationspolitik zu befreien. Es ist noch nicht viel, was an Besserungserscheinungen zu sehen ist, aber auch wenig vermag Hoffnungen zu erwecken, die die gleiche Wirkung haben wie das erste Hervorbrennen der Frühlingssonne. Die geringen Konjunkturbelebungen können sich jedoch nur ausbreiten, wenn die Weltpolitik endlich einmal auf dem Punkt der gegenseitigen Solidarität und Hilfeleistung gerichtet sein wird.

# VERBAND UND BERUF

## Sind die Gewerkschaften schuld an der Politik der Notverordnungen?

Im Jahre 1931 schritt die wirtschaftliche Depression weiter fort. Viele Betriebe schlossen ihre Pforten und die Arbeitslosenziffer stieg gewaltig. 6½ Millionen Arbeitslose war für uns vor Jahren noch eine utopische Zahl, heute aber ist sie Wirklichkeit. Der Staat leidet unter der wirtschaftlichen Depression gewaltig; die Steuereingänge wurden immer geringer und die Ausgaben stiegen.

Die Aufgabe des Reichstages wäre es gewesen, Gesetze zu schaffen, die Maßnahmen vorsehen, welche 1. den Etat balancieren sollten, 2. die wirtschaftlichen Spannungen, welche zwischen den Klassen bestehen zu mildern und 3. die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Durch die Wahl vom 14. September 1930, welche eine gewaltige Verstärkung der Opposition brachte, wurde der Reichstag arbeitsunfähig.

Wollte die Reichsregierung nun den Staatskassen nicht in den Abgrund stürzen lassen, so blieb ihr nichts anderes übrig, als weiter mit dem Artikel 48 der deutschen Reichsverfassung zu regieren. Durch eine Reihe von Notverordnungen versuchte die Reichsregierung die Ordnung der Finanzen und der Wirtschaft herzustellen. Bis jetzt ist es ihr aber nicht gelungen.

Die Gewerkschaften sind Gegner der Notverordnungen, weil sie gegen jede soziale Gerechtigkeit verstoßen, und die Arbeiterschaft die ihr aufgebürdete Last nicht tragen kann. Wir tolerieren die Reichsregierung nur, weil wir einsehen, daß ein Sturz der Reichsregierung den Zusammenbruch des deutschen Reiches zur Folge hat, und die Lage für die Arbeiterschaft dadurch noch gewaltig verschlechtert würde.

Jetzt kommen nun die Unternehmer auf den „famosen“ Gedanken, die Gewerkschaften für die Notverordnungen verantwortlich zu machen. In einem Artikel der Monatsschrift des Arbeitgeberverbandes „Der Arbeitgeber“, Nr. 1, Jahrg. 22, unter der Überschrift „Vom Tage“ wird dies begründet.

Der Artikel wird mit folgendem Satz eingeleitet: „Nachdem trotz aller Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung gezeichnete Weg gegangen wird, lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltsenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preissenkung sich ergebenden Folgen nachdrücklichst ab.“ (Dieser Satz ist in der Erklärung des Bundesausschusses des ADGB, zu vierten Notverordnung enthalten.) Der Artikelschreiber sagt nun, daß dieser Ablehnung nur eine platonische Bedeutung zukommt, da ja die Sozialdemokratie weiter toleriert. Diese Haltung seien die freien Gewerkschaften nur ihren Anhängern schuldig.

Die staatsmännische Verantwortung für die Notverordnung trage zwar die Reichsregierung, aber in einem tieferen Sinne trügen gerade die Gewerkschaften die Verantwortung für die letzte Notverordnung und ihre staatssozialistischen Maßnahmen. Ohne die gewerkschaftliche Politik der letzten Jahre und die von ihr beeinflusste Sozial- und Steuerpolitik wäre solch tiefes Eingreifen in das deutsche Wirtschaftsleben nicht möglich gewesen.

Wenn man so etwas liest, so wirkt es komisch und es kommt einem so vor, als ob der Verfasser mit geschlossenen Augen die letzten Jahrzehnte gelebt hat. Denn jeder wirtschaftlich denkende Mensch kennt die Voraussetzungen der deutschen Sozial- und Steuerpolitik; weiß, daß es mit dem Einfluß der Gewerkschaften, vor allem auf die Steuerpolitik, sehr mäßig bestellt ist.

Warum sind die Sozial- und Steuerlasten so gewaltig? Sind es nicht die Auswirkungen des Krieges, welche auf dem deutschen Volke lasten? Müssen wir nicht Millionen von Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene unterstützen? Haben wir nicht bis jetzt ungefähr 40 Milliarden Goldmark an Reparationen zahlen müssen? Diese Lasten drücken natürlich auf die deutsche Wirtschaft. Daß man den Arbeiter stärker besteuert hat als jeden anderen Staatsbürger, da ja sein Einkommen leicht zu kontrollieren ist, werden auch die Unternehmer nicht abstreiten können. Aber wäre es nicht richtiger, wenn man die Frage stellen würde, wer ist verantwortlich für den Krieg? Sind es nicht die Unternehmer aller Länder gewesen, vor allem die der Schwerindustrie, die ihrem Expansionstrieb keinen Einhalt bieten konnten? Hat nicht die deutsche Schwerindustrie die Politik Wilhelm des II. gestützt? Dagegen wurden die Gewerkschaften, welche Antikriegspolitik betrieben, bekämpft. Die Unternehmer haben dies alles wieder vergessen und möchten am liebsten die Gewerkschaften für den verlorenen

Krieg verantwortlich machen. Also Herr Arbeitgeber, das Geschichtsbuch einige Seiten zurück schlagen und sie finden die Leutchen, welche zur Verantwortung herangezogen werden müssen.

Der folgende Satz besagt: Daß Brüning nicht in den Kapitalmarkt eingreifen brauchte, wenn nicht nach dem Kriege eine kapitalfeindliche Steuerpolitik geführt worden wäre, denn dann hätte man heute genügend eigenes Kapital und geringere Auslandsschulden. Wie sieht nun die Wirklichkeit aus? Die Auslandsverschuldung betrug 1929 27 Milliarden Goldmark. Dem gegenüber stand ein deutsches Guthaben im Auslande von 10 Milliarden Goldmark. Es bleibt also ein Bestand von 17 Milliarden übrig, hiervon gehen aber noch die 8 Milliarden Reparationen auf, welche wir zahlen mußten, so daß für den Ausbau der deutschen Wirtschaft noch nicht einmal zehn Milliarden ausländisches Kapital in Frage kam. Heute wird das Verhältnis noch günstiger sein, da nach der gewaltigen Kapitalflucht das deutsche Guthaben im Auslande bedeutend größer sein wird.

Was ist aber in der Zeit von 1924 bis 1929 investiert worden? Für Neuanlagen 26,8 für Ersatzanlagen 26,2 und für Vorratsvermehrung 12,7, also wurden in Deutschland insgesamt 65,7 Milliarden Goldmark investiert. In die deutsche Industrie wurde 6½mal soviel Kapital hineingesteckt, als das Saldo der Auslandsverschuldung betrug.

Aber es stimmt, daß auf dem Kapitalmarkt eine Kapitalverknappung eingetreten ist. Denn eine Menge von dem festgelegten Kapital ist fehlinvestiert. Die Herren „Wirtschaftsführer“ haben es nicht verstanden, das Kapital richtig zu leiten. Die Kartelle und Konzerne haben dazu beigetragen, die Kredite einfrieren zu lassen. Die großen Unternehmen haben Betriebe aufgekauft und sie dann stillgelegt, damit die Kartellpreise gehalten werden konnten. Andererseits haben die Unternehmer ihre Betriebe ausgebaut, damit ihre Kartellquote erhöht wurde; ob Absatz für die Produktion der vergrößerten Betriebe vorhanden ist, danach haben sie nicht gefragt. Dieses tote Kapital muß aber mit zinsiert werden, belastet also den Produktionsprozeß. Der Gewerkschaftsführer Tarnow hat schon vor Jahren den Satz aufgestellt: „Daß man nur soviel Backöfen bauen sollte, als zum Brotbacken nötig seien, erst wenn die bisherigen Backöfen nicht ausreichen, sollte man neue bauen.“ Dieses interessierte aber die Unternehmer sehr wenig, da sie ja nicht volkswirtschaftlich denken, sondern nur auf die Erhöhung ihres Profites bedacht waren.

Eine riesige Arbeitslosigkeit und große industrielle Friedhöfe hat diese Wirtschaftspolitik der Unternehmer zur Folge gehabt. Daß diese Friedhöfe, da das Kapital verzinst werden muß, und die Arbeitslosen, die ja unterstützt werden müssen, die Wirtschaft belasten, leuchtet jedem wirtschaftlich denkenden Menschen ein, nur nicht den Unternehmern. Die wirtschaftliche Depression ist die „soziale Harmonie“, welche durch Angebot und Nachfrage auf dem „freien“ Markt entstanden ist.

Trotzdem erlaubt sich der Verfasser noch den Gewerkschaften den Vorwurf zu machen, daß ohne das Hochtreiben der Löhne, der Steuer und aller öffentlichen Lasten, ohne die Ankerbelungen eines Wohlfahrts- und Subventionsstaates und die Politik der kalten Sozialisierung, Deutschland ein billiges Land geblieben wäre, und wir hätten heute keine Lohnsenkungsprobleme zu lösen.

Die Unternehmer wissen doch ganz genau, daß der Anteil der Löhne an den Gesteungskosten sehr gering ist. So beträgt z. B. der Lohnanteil in den Hochofenbetrieben nur 6 Proz., in der Leder- und chemischen Industrie nur 10 Proz. und in der Textilindustrie 15–18 Proz. der Gesteungskosten. Wir sehen hieraus, was für eine geringe Bedeutung die Löhne im Produktionsprozeß haben.

Dagegen spielt aber der Lohn in der Konsumtion eine große Rolle, da ja 80 Proz. der Konsumenten Lohn- und Gehaltsempfänger sind. Werden die Löhne gesenkt, geht die Produktion zurück. Der Standpunkt der Arbeitgeber, daß, wenn die Gewerkschaften auf das unwirtschaftliche Hochtreiben der Löhne verzichtet hätten, die Massenkaufkraft heute wahrscheinlich höher wäre, ist deshalb sehr unwahrscheinlich. Die Arbeitgeber hätten ihre Profitgier etwas einschränken sollen, dann wäre dem deutschen Volke viel von dem heutigen Elend erspart geblieben.

Zum Schluß sei noch gesagt, daß historisch gesehen, nicht die Gewerkschaften die Verantwortung für die letzte Notverordnung tragen, sondern das gesamte Unternehmertum, welches eine aufgeblähte Industrie geschaffen hat, für deren Produktion sie heute keinen Absatzmarkt finden kann.

Die Gewerkschaften stehen immer noch auf dem Standpunkt, daß die Krise nur durch die Stärkung der Massenkaufkraft gehoben werden kann, d. h., Erhöhung des Reallohnes. Weiter fordern die Gewerkschaften eine Kontrolle des Monopolkapitalismus, Abbau der Zollmauer, eine systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik durch die öffentliche Hand, Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und Kreditinstitute, Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und vor allem eine rapide Verkürzung der Arbeitszeit; denn nur durch eine planmäßige Wirtschaftsführung können wir aus dieser Krise herauskommen und neue vermeiden. E. Janson.

## Landschaft und Außenreklame

In letzter Zeit setzt in Süddeutschland ein scharfer Feldzug, teils berechtigt, teils unberechtigt (und das in den allermeisten Fällen) gegen die Außenreklame ein. Durch Zeitungsnotizen wird die Öffentlichkeit aufgebracht. Die Behörden, wie Bezirksämter, Kreis- und Bürgermeisterämter usw. haben Verordnungen herausgebracht, die entweder jede Anbringung von Außenreklame verbieten, oder, um dabei etwas herauszuschlagen, von den reklametreibenden Firmen Gebühren erheben, die oft nicht unbedeutend sind. Derartige rigorose Maßnahmen, verknüpft mit der Weltwirtschaftskrise und den zollpolitischen Maßnahmen fast aller Länder, bewirken die fortwährende Entlassung einer nicht unbedeutenden Anzahl von Arbeitern, die bisher in der Reklameindustrie Arbeit und somit Brot gefunden haben. So wurden z. B. in den hiesigen drei Werken zu normalen Zeiten 1600–2000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Heute beträgt die Arbeiterzahl — und dies ist in erster Linie auf die reklamefeindlichen Maßnahmen der Behörden zurückzuführen — noch knapp 600.

Der größte Schaden wird den reklametreibenden bzw. den reklamelerstellenden Firmen durch die Naturschutzstellen für Denkmalspflege usw. zugefügt, die ihre Hauptaufgabe darin erblicken, das Landschaftsbild von jeder Reklame zu säubern, und die nicht davon zu überzeugen sind, daß sie durch ihre Vorgehen die Arbeitslosigkeit vergrößern. Für die Einstellung dieser Ämter spricht folgendes:

Eine große reklamelerstellende Firma wurde bei einem Landesamt für Denkmalspflege wegen Veröfentlichung einer Anzahl Artikel, welche die Beseitigung jeder Außenreklame zum Inhalt hatten, vorstellig. Die Antwort bestand in einem geradezu groben Brief, worin unter anderem von einem „zweifelhaften Gewerbe“ die Rede war. Vor kurzem wurde auch auf einer Bergwachstagung von einem Herrn, der allem Anschein nach seine Lebensaufgabe darin erblickt, die Außenreklame überall entfernt zu sehen, eine Entschliebung eingebracht, die auch angenommen wurde. Diese Entschliebung spricht am Anfang von guter und schlechter Reklame und endet schließlich mit folgendem, sehr interessanten Wortlaut:

„Die Bergwacht dankt der Reichspost für die Säuberung der Haltestellentafeln von Reklame und bedauert das schlimme Argernis der Plakathaltung an den Reichsbahnstrecken und an fast allen württembergischen Landstraßen, die unseren Schwarzwald in Verruf bringen.“

Hieraus geht deutlich hervor, daß man für die Beseitigung aller Plakate kämpft, ohne sich auch nur einmal darüber klar zu werden, daß es in der heute so außerordentlich schwierigen Zeit viel wichtiger ist, daß die Arbeiter Beschäftigung haben, als einigen überästhetischen Leuten dadurch Genüge zu tun, daß man sämtliche Plakate entfernt. Bei Beurteilung der ganzen Frage darf man ja auch nicht unberücksichtigt lassen, daß die Außenreklame aus der heutigen Zeit gar nicht mehr wegzudenken ist, ganz abgesehen davon, daß diese heute auf einer solch hohen Stufe steht, daß von einer Verschandelung des Landschaftsbildes unmöglich gesprochen werden kann. Es wäre bestimmt mehr angebracht, einmal gegen die Wohnbaracken, zerfallenen Hütten usw., die man heute überall zu sehen bekommt, Front zu machen, denn hier kann man berechtigt von einer Verschandelung reden.

Wir in der Reklamebranche tätigen Kollegen, erkennen die Bestrebungen der Naturschutzstellen wohl an, da wir ja alle der Wanderbewegung angehören, aber über diesen Belangen steht für uns die Pflicht dafür einzutreten, daß diese Ämter ihre übertriebenen Forderungen einstellen, damit infolge der sich daraus ergebenden Maßnahmen nicht noch mehr Arbeitslosigkeit in der Reklameindustrie hervorgerufen wird.

W. Knoche (Offenburg).

**Adressenänderung der Tarifämter**

Ab 30. März ändert sich die Adresse unserer Tarifämter. Sie lautet für das

**Tarifamt und das Reichsschiedsgericht für das Lithographie-, Offset- und Steindruckgewerbe** wie für das

**Tarifamt und Reichsschiedsgericht für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe**

**Berlin SW 11, Maltesche Straße 21'**

Zuschriften für das Tarifamt und das Reichsschiedsgericht für das Steindruckgewerbe sind an **Herrn Alex Czech**, Zuschriften an das Tarifamt und an das Reichsschiedsgericht für das Chemigraphiegewerbe an **Herrn Richard Köhler** zu richten. Fernruf: F 5 — Bergmann 5933

**Ferienaufenthalt und Ferienreisen 1932**

Der Gemeinnützige Verkehrs- und Reiseverein Groß-Hamburg E. V., Hamburg 15, Nagelsweg 14, versendet einen gut bebilderten Prospekt über die von ihm geplanten und vorbereiteten Reisen und Erholungsaufenthalte. Der Verein ist, wie unsere Kollegen schon durch unsere Veröffentlichungen bekannt ist, eine Einrichtung der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften Hamburgs. Die von ihm durchgeführten Reisen sind nachweislich gut vorbereitet, preiswert, gewähren jeden Vorzug der großen bürgerlichen Reisebüros. Der Prospekt für das laufende Jahr sieht Ferienaufenthalte am Rhein, in Tesserete (Südschweiz), im Schwarzwald, in Riva, in Bayern, im Berner

Oberland vor. Außerdem sind Studienreisen nach Bayern und Tirol, in den Harz, nach Paris, durch Belgien und Holland und nach England geplant, des weiteren die beliebten Sonderfahrten nach Tirol, auf die Zugspitze. Diese Reise kostet z. B. für Fahrt mit D-Zug von Hamburg nach Tirol, 6 Tage volle Pension in guten Hotels oder Pensionen, Bedienung, Licht, Kurtaxe sowie Berg- und Talfahrt auf die Zugspitze 89 RM.

Interessenten wenden sich direkt an den Gemeinnützigen Verkehrs- und Reiseverein Groß-Hamburg E. V. Hamburg 15, Nagelsweg 14.

**Beitragsherabsetzung des Bücherkreises!**

Die Buchgenossenschaft „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin SW 61, der kürzlich seine Buchhandelsverkaufspreise für Nichtmitglieder erheblich senkte, hat sich entschlossen, auch die Beiträge für seine Mitglieder sowie den Preis der Sonderbände für Mitglieder ab 1. Quartal 1932 herabzusetzen. Danach beträgt der Monatsbeitrag nur noch 90 Rpf., der in zwei Beiträgen à 50 und 40 Rpf. entrichtet werden kann. Der Quartalsbeitrag beträgt daher nur noch 2,70 RM. Das ist auch der Preis für Sonderbände, wenn Mitglieder solche beziehen. Die neuen Werke des Bücherkreises, die in diesem Quartal erscheinen, werden übrigens in ihrer Ausstattung trotz der Verbilligung der Preise eine erhöhte Leistung darstellen. Daneben erhalten die Mitglieder noch die gut redigierte und vorzüglich ausgestattete Quartalszeitschrift. Außerdem werden den Mitgliedern noch sonstige Vorteile gewährt. Der Beitrag ist im Verhältnis zu den Leistungen als außerordentlich niedrig zu bezeichnen und dürfte sicherlich viele Freunde des guten, sozialistischen Buches veranlassen, die Mitgliedschaft im Bücherkreis zu erwerben.

**Goethes Geburtshaus — Goethe-Schaumünze**

Unter der Schirmherrschaft des Reichspräsidenten hat die „Deutsche Volksspende für Goethes Geburtsstätte“ es sich zum Ziele gesetzt, im Zeichen des Gedenktages die Geburtsstätte Goethes aus der großen Not, in welche sie seit Krieg und Inflation geraten ist, zu befreien, damit sie uns und den kommenden Geschlechtern als ein Denkmal des deutschen Geistes erhalten bleibe.

Zur Förderung dieses Zieles hat das Bayer. Hauptmünzamt eine Goethe-Schaumünze in Fünfund in Zwanzigmarkstückgröße geprägt, welche mit Genehmigung der deutschen Länderregierungen öffentlich verkauft wird. Das von Professor Theodor Georgii entworfene Gedenkstück zeigt vorderseitig ein klassisches Profilbildnis des Dichters, rückseitig eine keimende Eichel, das alte Sinnbild des Freien Deutschen Hochstifts. Von allen Verehrern des Dichters dürfte diese Ausgabe freudig begrüßt werden.

**Inhaltsübersicht**

**Hauptteil:** Vorspiel? / Osterforderung (Gedicht). Eigentum und Sozialismus. / Steht die Weltkonjunktur vor einer Wende?

**Verband und Beruf:** Sind die Gewerkschaften schuld an der Politik der Notverordnungen? Landschaft und Außenreklame.

Adressenänderung der Tarifämter. / Ferienaufenthalt und Ferienreisen 1932. / Beitragsherabsetzung des Bücherkreises. / Goethes Geburtshaus — Goethe-Schaumünze. / Den Toten zum Gedächtnis. / Anzeigen.

**Den Toten zum Gedächtnis!**

1932.

† Am 19. Januar in Dresden **Paul Winkler**, Kartograph aus Leipzig-Lindenthal, 58 J. alt, an Herzschlag, krank 2. W. — Eingetr. in Dresden am 8. Juni 1919.

† Am 4. Februar in Braunschweig **Anton Schladt**, Formstecher aus Riehl bei Köln, 65 J. alt, an Herzleiden und Arterienverkalkung, krank 6 W. — Eingetr. in Braunschweig am 27. Februar 1921 (vorher Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband seit 9. Juli 1916).

† Am 5. Februar in Leipzig **Richard Walther**, Steindrucker aus Geringwalde, 48 J. alt, an Lungenschwulst, krank 3 W. und 1 T. — Eingetreten in Leipzig am 15. März 1902.

† Am 6. Februar in Dresden **Albert Wohlrab**, Lichtdrucker aus Schloß Chemnitz, 57 J. alt, an Arterienverkalkung und Herzschwäche, krank 3 W. — Eingetr. in Dresden am 30. Juli 1911.

† Am 7. Februar in Nordhausen a. H. **Emil Heise**, Steindrucker aus Mühlhausen, 44 J. alt, infolge einer Operation an der Lunge, krank 23 W. — Eingetr. in Gotha am 14. Oktober 1906.

† Am 8. Februar in Stettin **Franz Rabe**, Steindrucker aus Stettin, 64 J. alt, an Mastdarmkrebs, Invalide seit 20. Februar 1929. — Eingetr. in Kiel am 1. Juni 1902.

† Am 9. Februar in Breslau **Richard Neumann**, Steindrucker aus Dürrgoy (Kr. Breslau), 68 J. alt, Invalide seit 1. Juli 1928. — Eingetr. in Breslau am 15. September 1887.

† Am 9. Februar in Brandenburg a. d. H. **Willi Linstädt**, Lithograph aus Brandenburg a. d. H., 46 J. alt, an Furunkel, krank 3 T. — Eingetr. in Brandenburg a. d. H. am 11. Mai 1930.

† Am 10. Februar in Dresden **Paul Kerne**, Steindrucker aus Neusalz a. d. O., 69 J. alt, an Schlaganfall, Invalide seit 11. September 1921. — Eingetr. in Dresden am 1. Januar 1893.

† Am 11. Februar in Offenbach a. M. **Bernhard Steck**, Lithograph aus Neu-Ulm, 54 J. alt, an Magenleiden, Invalide seit 30. November 1931. — Eingetr. in Offenbach a. M. am 31. Juli 1895.

† Am 17. Februar in Berlin **Adolf Schäfer**, Chemigraph aus Stuttgart, 72 J. alt, an Leberschrumpfung, Invalide seit 30. November 1931. — Eingetr. in München am 25. Juni 1898.

† Am 19. Februar in Leipzig **Heinrich Würfel**, Steindrucker aus Groß-Schönau, 74 J. alt, an Darmkrebs, Invalide seit 11. Mai 1930. — Eingetr. in Leipzig am 15. März 1894.

† Am 21. Februar in Brandenburg a. d. H. **Otto Ernst**, Steindrucker aus Berlin, 68 J. alt, an Darmkrebs, Invalide seit 25. Juli 1931. — Eingetreten in Berlin am 31. Juli 1892.

† Am 22. Februar in Berlin **Bruno Hilker**, Lithograph aus Berlin-Friedenau, 49 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Berlin am 31. Januar 1926.

† Am 25. Februar in Berlin **Adolf Dewald**, Lichtdrucker aus Berlin, 78 J. alt, an Herzlähmung, Invalide seit 9. Januar 1927. — Eingetr. in Berlin am 2. März 1901.

**Ehre ihrem Andenken!**

*Zur gefl. Beachtung!* Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. **Der Vorstandsvorstand.**

**Zinkdruckpasten** in Ia Lithographie-Qualität  
**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsalz D. R. P.  
**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**  
sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck  
**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36** Wiener Straße Nr. 50  
Tel. F. 8 Oberbaum 22 90

**Neuerschienen!** Graphische Lehrbücher, Band I, 1. Auflage 1931

**FARBENLEHRE FÜR DAS STEINDRUCKGEWERBE**

Eine berufskundliche Grundlage für Schule und Praxis

Preis des Buches einschließlich Nachnahmegebühren 2,90 RM.

Zu beziehen durch:

**CONRAD MÜLLER, SCHKEUDITZ-LEIPZIG, Tel. 535.**

**Schafft euch mehr Lebensfreude**

DURCH **LINDCAR-FAHRRÄDER** AB 62,— RM  
**LINDCAR-NAHMASCHINEN** AB 141,— RM

WÖCHENRATEN AB 2.— MARK

VERLANGT DEN HAUPTKATALOG!

**LINDCAR-FAHRRADWERK A.-G., BERLIN-LICHTENRADE, GEWERKSCHAFTSUNTERNEHMEN**